News

Presse- und Kurzmitteilungen der Abteilung "Methodenforschung".

- 19 News

22.05.2025

Summer School for Women in Political Methodology

20 to 26 July 2025 at the University of Bremen

The Summer School takes place in Bremen (Germany) on July 20 to 26, 2025. It aims to train researchers who identify as women or non-binary in advanced social science methodology. Hosted by the University of Bremen, the 7-day program offers hands-on training on core computational methods, as well as opportunities for networking and collaboration.

Having taken place for the first time in 2017, this Summer School is part of a larger long-term initiative to increase women participation in this research field where women are typically underrepresented. Following the Visions in Methodology example, we aim to establish a network of women methodologists working in Europe, specifically targeted at providing training, mentorship, and network opportunities as a means of strengthening their career prospects in academia and beyond. The program can be found here.

Kontakt:
Prof. Dr. Sophia Hunger
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 5
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58579
E-Mail: hunger@uni-bremen.de

Universität Bremen

socium
Forschungszentrum
Ungleichheit und Sozialpolitik

21.05.2025

SHK gesucht

Stellenausschreibung für eine SHK im Forschungsprojekt EPIC

An der Universität Bremen im DFG geförderten Projekt Expertise and Politicization in COVID Discourse (EPIC) unter der Leitung von Prof. Dr. Sebastian Haunss wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein*e studentischer*n Mitarbeiter*in gesucht.

Dies sind Ihre Aufgaben:

- Allgemeine inhaltliche und organisatorische Unterstützung
- Annotation von Texten (RKI-Berichte, Bundesgesundheitsblatt, Parlamentsreden, Ausschussprotokolle)
- Dokumentation und Qualitätssicherung der Annotationen
- Gemeinsame Entwicklung des Codebuchs (z. B. Bewertung bestimmter inhaltlicher Dimensionen in politischen/medizinischen Texten)
- Mitarbeit bei der Weiterentwicklung von Codebüchern und Annotationsrichtlinien

Wir erwarten:

- gute Kenntnisse in MS Office
- sehr gute Deutschkenntnisse
- sehr gute Team- und Kommunikationsfähigkeiten
- selbstständiges und verantwortungsbewusstes Arbeiten
- Interesse an der Arbeit mit Textkorpora und digitalen Recherche-Tools

Die Stelle bietet sehr gute Einblicke in das wissenschaftliche Arbeiten eines interdiszipliären Forschungsprojekts und die Möglichkeit, praktische Erfahrungen im Umgang mit qualitative und quantiativer Textanalyse zu machen. Die Daten können nach Absprache auch für eigene Arbeiten genutzt werden.
Die Arbeitszeit beträgt 32 Stunden monatlich, Arbeitsort ist das SOCIUM, Mary-Somerville-Straße 7, Arbeit aus dem Home-Office nach Absprache möglich. Die Stelle ist zunächst auf 12 Monate befristet, eine längerfristige Weiterbeschäftigung ist angestrebt. Der Arbeitszeitumfang kann flexibel auf einen oder zwei feste Wochentage abgestimmt werden. Die Vergütung entspricht den in der Universität üblichen Sätzen für Studentische Hilfskräfte, derzeit 14,28 € brutto pro Stunde.

Universität Bremen

socium
Forschungszentrum
Ungleichheit und Sozialpolitik

Wir freuen uns über Ihre vollständige Kurzbewerbung (Anschreiben, Lebenslauf, Zeugnisse), die Sie per Mail senden an:

Johannes Kühling (kuehling@uni-bremen.de)

Bewerbungsschluss ist der 9.06.2025

Kontakt:
Prof. Dr. Sebastian Haunss
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 7
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58572
E-Mail: sebastian.haunss@uni-bremen.de

Johannes Kühling
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 5
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58555
E-Mail: kuehling@uni-bremen.de

03.12.2024

Wissenschaftliche:r Mitarbeiter:in (w/m/d) im Forschungsprojekt „Expertise and Politicization in COVID discourse (EPIC)“

75% TV-L 13, 36 Monate ab 1.5.2025

An der Universität Bremen ist im SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik im Rahmen eines DFG-finanzierten Forschungsprojekts „Expertise and Politicization in COVID discourse (EPIC)“ unter der Leitung von Prof. Dr. Sebastian Haunss in der Arbeitsgruppe Soziale Konflikte eine Stelle als

Wissenschaftliche:r Mitarbeiter:in (w/m/d)

Entgeltgruppe 13 TV-L
mit 75% (29,4 Std.) der vollen Wochenarbeitszeit für die Dauer von 36 Monaten (gemäß § 2 WissZeitVG), voraussichtlich zum 01.05.2025 zu besetzen.

Stellenbeschreibung
In dem interdisziplinären Projekt geht es darum, mit Hilfe KI-gestützter Modelle Methoden und Instrumenten zur Analyse der Nutzung von Expert:innenwissen und Expert:innensprache in politischen Diskursen zu entwickeln. In enger Kooperation mit Institut für Maschinelle Sprachverarbeitung der Universität Stuttgart geht es darum, am Beispiel der RKI-Berichte und der Debatten im Deutschen Bundestag und seiner Ausschüsse zu untersuchen, wann und in welchem Umfang in den Debatten um Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-Pandemie auf disziplinäres Expert:innenwissen zurückgegriffen und/oder Expert:innensprache verwendet wurde.

Gesucht wird ein/eine Sozialwissenschaftler:in mit Kenntnissen im Bereich der (quantitativen) Textanalyse sowie mit fundierten Kenntnissen von R und idealerweise mindestens grundlegenden Kenntnissen in Python.

Zu den Aufgaben der Stelle im Rahmen des Projekts gehören die Anleitung der studentischen Mitarbeiter:innen bei der Kodierung/Annotierung von Textkorpora als Referenzmaterial für das Training von Sprachmodellen, die Kuration des annotierten Textmaterials, die gemeinsame Entwicklung von KI-gestützten Sprachmodellen für die Klassifizierung von Sprach- und Argumentationsebenen sowie die Anwendung dieser Sprachmodelle für die substanzielle Analyse der COVID-Debatten, die Präsentation von Forschungsergebnissen auf internationalen Tagungen und die Publikation der Ergebnisse in internationalen Fachzeitschriften.

Voraussetzungen

- ein (zum Einstellungszeitpunkt) mit überdurchschnittlichen Leistungen abgeschlossenes sozialwissenschaftliches Hochschulstudium (Master oder Uni-Diplom),
- Kenntnisse im Bereich der (quantitativen) Textanalyse,
- fundierte R- oder Python-Kenntnisse,
- Interesse an interdisziplinärer Zusammenarbeit und Bereitschaft sich mit aktuellen Forschungen im Bereich der Computerlinguistik zu beschäftigen,
- Teamfähigkeit,
- sehr gute Englischkenntnisse.

Die Universität ist familienfreundlich, vielfältig und versteht sich als internationale Hochschule. Wir begrüßen daher alle Bewerber:innen unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion/ Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.
Da die Universität Bremen beabsichtigt, den Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Wissenschaft zu erhöhen, werden Frauen besonders ermutigt, sich zu bewerben.
Schwerbehinderten Menschen wird bei im Wesentlichen gleicher fachlicher und persönlicher

Eignung der Vorrang gegeben.

Für nähere Auskünfte wenden Sie sich bitte an Prof. Dr. Sebastian Haunss, E-Mail: sebastian.haunssuni-bremen.de

Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bis zum 6.1.2025 mit den üblichen Bewerbungsunterlagen (Motivationsschreiben, CV samt Schriftenverzeichnis, Zeugniskopien) unter Angabe der Kennziffer A328-24 als eine PDF-Datei auf dem unverschlüsselten elektronischen Postweg an: socium-bewerbungenuni-bremen.de

Kontakt:
Prof. Dr. Sebastian Haunss
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 7
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58572
E-Mail: sebastian.haunss@uni-bremen.de

04.10.2024

Protest as a Democracy Test: Protest Culture under Transformation and as a Transformative Power (ProTest)

Zwei SOCIUM-Forscher:innen an erfolgreichem EU Horizon 2024-Antrag beteiligt.

Universität Bremen

socium
Forschungszentrum
Ungleichheit und Sozialpolitik

Die beiden SOCIUM-Forscher:innen Sebastian Haunss und Sophia Hunger haben den Zuschlag für ein dreijähriges Projekt erhalten, das im Rahmen von EU Horizon 2024 finanziert wird. Das Projekt, an dem auch Heiko Pleines von der Forschungsstelle für Osteuropastudien der Universität Bremen beteiligt ist, beginnt am 1. Januar 2025.

Ziel des Projekts ist eine umfassende vergleichende Analyse der Rolle verschiedener Akteure, deren Handeln die Muster der Protestkultur beeinflussen könnte.

Wichtige Forschungsziele:

- Repertoire und Framing von Protestierenden/Aktivisten in Ländern mit unterschiedlicher Demokratiequalität im Kontext laufender Entdemokratisierungsprozesse
- Instrumentalisierung institutioneller und diskursiver Mechanismen („harte“ und „weiche“ Maßnahmen) durch die Behörden zur Bekämpfung der Protestkultur in den Untersuchungsländern;
- Die Rolle von Mainstream-Medien und sozialen Medien - ihre Vermittlung und ihr Einfluss - bei der Auslösung oder Herausforderung der Protestkultur in den Untersuchungsländern;
- Die Rolle der Bürger in der Protestkultur in den Untersuchungsländern
- Der Einfluss der aktuellen Muster der Protestkultur auf den Zustand der Demokratie in den Untersuchungsländern

Zurzeit sucht das Projekt eine:n Doktorand:in (siehe Stellenausschreibung hier)

Kontakt:

Prof. Dr. Sebastian Haunss
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 7
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58572
E-Mail: sebastian.haunss@uni-bremen.de

Prof. Dr. Sophia Hunger
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 5
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58579
E-Mail: hunger@uni-bremen.de

05.12.2023

Immer mehr Pflegebedürftige in Kliniken

BARMER-Pflegereport 2023 am 05.12.2023 in Berlin vorgestellt

Der jährlich veröffentlichte BARMER-Pflegebericht bewertet die aktuelle Pflegepolitik und erfasst die Situation der Pflege. Für den Bericht werteten Prof. Heinz Rothgang und Dr. Rolf Müller (beide SOCIUM) Daten aus der Pflege- und Kassenstatistik sowie der BARMER umfassend aus. Darüber hinaus setzen die Autoren einen thematischen Schwerpunkt, welcher in diesem Jahr auf der Situation Pflegebedürftiger im Krankenhaus liegt.

Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag werden nicht umgesetzt

Die zentralen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung und zur Finanzierung der Pflege wurden bisher nicht umgesetzt. Dies betrifft unter anderem die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen wie die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige, die Herausnahme der Ausbildungskosten aus den Eigenanteilen in der Heimpflege und die Umfinanzierung der medizinischen Behandlungspflege in Heimen. Angesichts der derzeitigen Finanzsituation und deren Bewertung durch die Bundesregierung ist es unwahrscheinlich, dass diese Vorhaben in der aktuellen Legislaturperiode noch verwirklicht werden.

Eine Tariftreueregelung soll den Pflegeberuf attraktiver machen. Nach dieser müssen Pflegeeinrichtungen ohne Tarifvertrag einen solchen einführen, oder ein regional übliches Entlohnungsniveau für Pflegekräfte sicherstellen. Der überwiegende Teil der bislang nicht gebundenen Einrichtungen hat sich für die zweite Option entschieden. Es wurden daher nicht deutlich mehr Tarifverträge eingeführt, die Entgelte stiegen in vielen Einrichtungen aber um bis zu 30 Prozent, was sich wiederum in den Preisen für Pflegeleistungen niederschlägt. Das zentrale Gesetzesvorhaben dieser Legislaturperiode im Bereich der Langzeitpflege ist das

Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz. Die darin vorgenommenen Anpassungen sind allerdings unzureichend: in der häuslichen Pflege erfährt das Pflegegeld inflationsbedingt weiterhin einen Realwertverlust, während Eigenanteile in der stationären Pflege steigen. Das Ziel, diese Eigenanteile zu begrenzen wird damit verfehlt.

Pflegebedürftige machen rund ein Viertel der Patient:innen in Krankenhäusern aus

Mit zunehmendem Alter werden nicht nur eine Pflegebedürftigkeit, sondern auch ein Krankenhausaufenthalt wahrscheinlicher und oft wird erst durch eine Krankenhausaufnahme eine Pflegebedürftigkeit festgestellt. Die Zahl der Personen, die Monat einer Krankenhausaufnahme pflegebedürftig geworden sind, lag in den Jahren 2017 bis 2022 jährlich relativ konstant zwischen 260.000 und 276.000. Die Zahl der Krankenhausfälle von bereits Pflegebedürftigen ist in diesem Zeitraum hingegen deutlich gestiegen – von 2,71 Millionen auf 3,45 Millionen. Insgesamt machen Pflegebedürftige rund ein Viertel der Patient:innen in Krankenhäusern aus.

Jährlich über eine Million potenziell vermeidbare Krankenhausfälle durch Pflegebedürftige

Über eine Million Krankenhausaufenthalte von Pflegebedürftigen können als potentiell vermeidbar angesehen werden. Dazu gehören insbesondere Krankenhausaufnahmen wegen *Diabetes mellitus, Typ 2*, *Volumenmangel*, *Herzinsuffizienz*, *sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit* und *sonstige Krankheiten des Harnsystems*. Neben der pflegerischen und medizinischen Versorgung könnten hier auch die Mitwirkung der Pflegebedürftigen sowie das individuelle Gesundheitsverhalten eine Rolle spielen.

Plötzlich Pflegebedürftig – was kommt nach dem Krankenhaus?

Wenn ein Pflegebedarf im Krankenhaus festgestellt wird, ist dieser häufig mit relativ plötzlich auftretenden, schwerwiegenden Erkrankungen wie Krebs oder Schlaganfall verbunden und die Pflegegrade sind dann meist höher als in anderen Situationen, in denen eine Pflegebedürftigkeit festgestellt wird. An den Krankenhausaufenthalt schließt in diesen Fällen die Frage nach der weiteren Versorgung an, auf die das häusliche Umfeld oft nicht vorbereitet ist. Mehr als die Hälfte (53,5 Prozent) der Personen, bei denen im Zuge ihres Krankenhausaufenthaltes eine Pflegebedürftigkeit festgestellt wird, wird nach der Entlassung aus dem Krankenhaus ausschließlich informell gepflegt – d.h. ohne Leistungen von ambulanten Pflegediensten, Versorgung in Pflegeeinrichtungen. 39,8 Prozent beziehen Pflegesachleistung und 6,4 Prozent ziehen in Pflegeheime. Zudem nutzt jede siebte Person (14,2 Prozent) Kurzzeitpflege. Von diesen wird einen Monat später die Hälfte noch vollstationär versorgt. Die Kurzzeitpflege nimmt hier eine Überbrückungsfunktion ein, bis die adäquate Versorgung organisiert ist.

Veränderungen auch für schon Pflegebedürftige

Für Menschen, die bereits pflegebedürftig sind, ist nicht nur die Wahrscheinlichkeit eines Krankenhausaufenthaltes überhaut, sondern auch die eines potenziell vermeidbaren höher als für

Menschen ohne Pflegebedarf. Vielfach erhöht sich nach dem Krankenhausaufenthalt der Pflegegrad. Dadurch können Angehörige auch hier vor der Frage nach einem veränderten Versorgungsbedarf stehen. Schon im Monat der Krankenhausentlassung nehmen 5,6 Prozent der bislang informell versorgten Pflegebedürftigen einen Pflegedienst in Anspruch und 2,7 Prozent ziehen in ein Pflegeheim. Von den Pflegebedürftigen, die bislang durch Pflegedienste versorgt werden, ziehen sogar 8,1 Prozent schon im Entlassungsmonat in ein Pflegeheim um. Von den bisherigen Nutzern der Pflegedienste nutzen 15,7 Prozent direkt nach der Entlassung auch die Kurzzeitpflege, welche auch bei diesen Pflegebedürftigen sehr häufig als Überbrückung in die vollstationäre Dauerpflege genutzt wird.

Krankenhausaufenthalte sind für Pflegebedürftige deutlich länger

Notwendige Suchprozesse können die Entlassungen aus dem Krankenhaus verzögern, dabei liegt es im Interesse der Krankenhäuser, Krankenkassen und Pflegebedürftigen den Krankenhausaufenthalt so kurz wie möglich zu halten. Ein Entlassungsmanagement der Krankenhäuser soll zwar bei dem Übergang helfen, scheitert aber häufig schlichtweg an zu wenigen Plätzen in den Pflegeeinrichtungen und beginnt teilweise zu spät und zu unkoordiniert. Patient:innen mit einem neu festgestellten Pflegebedarf sind im Durchschnitt dreieinhalb Tage und durch ambulante Pflegedienste versorgte Pflegebedürftige sind im Durchschnitt bis zu zweieinhalb Tage länger im Krankenhaus als nicht pflegebedürftige Personen. Dies kann sowohl an einem schwereren Krankheitsverlauf als auch an einer notwenigen Überbrückungszeit liegen. Da eine anschließende Nutzung der Kurzzeitpflege die Krankenhausdauer durchschnittlich um weitere sechs Tage verlängert, deutet vieles auf einen längeren Suchprozess für die adäquate pflegerische Versorgung hin.

Download:

BARMER Pflegereport 2023

Statement von Prof. Rothgang anlässlich der Pressekonferenz

Folienvortrag von Prof. Rothgang anlässlich der Pressekonferenz

Kontakt:
Prof. Dr. Heinz Rothgang
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 3
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58557
E-Mail: rothgang@uni-bremen.de

Dr. rer. pol. Rolf Müller

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 3
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58554
E-Mail: rmint@uni-bremen.de

07.03.2023

Protestdynamiken in Deutschland

Projekt von Prof. Haunss veröffentlicht Daten-Plattform

Wer demonstriert wann, wo und zu welchem Thema? Während Wahlergebnisse und Bevölkerungsumfragen für die breite Öffentlichkeit zugänglich sind, gilt dies bisher nur sehr begrenzt für Daten zu Protestdynamiken in Deutschland. Wissenschaftlich abgesicherte Informationen darüber, wer, wann, zu welchen Themen und mit welchen Mitteln protestiert, sind jedoch von zentraler Bedeutung für Journalist:innen, die Zivilgesellschaft und die interessierte Öffentlichkeit, um aktuelle Protestereignisse einordnen und deuten zu können. Prof Dr. Sebastian Haunss vom SOCIUM, zusammen mit anderen Wissenschaftler:innen vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) haben vor diesem Hintergrund eine einfach handhabbare und frei zugängliche Online-Plattform entwickelt, auf der systematisch erhobene Daten zum Protestgeschehen im Deutschland aufbereitet und für eine breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Plattform protestdata.eu beinhaltet Informationen zu Protestkampagnen und Protestaktionen von 1950 bis 2002 im gesamten Bundesgebiet sowie in 18 deutschen Städten zwischen 2009 und 2020.

protestdata.eu ist ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) und des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). An beiden Institutionen forschen Teams zur zeitlichen und thematischen Entwicklung von lokalem Protest. Die Idee zur Visualisierung der Daten für eine breitere Öffentlichkeit ergab sich durch die laufende Kooperation in einer Arbeitsgruppe des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung, an dem alle Beteiligten assoziiert sind.

Bei Fragen zur Online-Plattform wenden Sie sich gerne an:fgz.protest@uni-bremen.de.

Kontakt:
Prof. Dr. Sebastian Haunss
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 7
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58572
E-Mail: sebastian.haunss@uni-bremen.de

28.06.2022

Gesellschaft und Politik verstehen

Festschrift zum 65. Geburtstag von Frank Nullmeier erschienen

Die Festschrift ehrt mit Frank Nullmeier ein langjähriges Mitglied des SOCIUM und einen der bedeutendsten deutschen Politikwissenschaftler der Gegenwart. Der Band erlaubt Einblicke in sein breites wissenschaftliches Werk, gibt aber auch einen guten Überblick über einige der wichtigsten Themen, die heute in der Politikwissenschaft diskutiert werden: von zentralen Debatten in der Politischen Theorie, etwa zur Legitimitäts- oder zur Demokratietheorie, über Schlüsselfragen moderner Sozialstaatlichkeit bis hin zur Erforschung einzelner Politikfelder und zur Verwaltungsforschung. Darüber hinaus zeichnen die Beiträge spannende Schnittstellen zu Nachbardisziplinen nach, etwa zu Philosophie oder Soziologie.

Link zur Verlagsseite

Link **zum eBook in Open Access**

Kontakt:
PD Dr. Tanja Pritzlaff-Scheele
Zentrum für Entscheidungsforschung
Enrique-Schmidt-Str. 7
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-67824
E-Mail: tanja.pritzlaff@uni-bremen.de

11.10.2021

FIS-Projekte am SOCIUM beteiligen sich an SCIENCE GOES PUBLIC!

Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Vorträge von „Der ‚aktivierende Sozialstaat' – eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte deutscher Sozialpolitik" und „GEVOAB – Gerechtigkeitsvorstellungen von erwerbstätigen ALG II-Beziehern"

SCIENCE GOES PUBLIC! ist ein innovatives Format der Wissenschaftskommunikation in Bremen und Bremerhaven. Dabei werden originelle Themen in knapp 30 Minuten in ausgewählten Kneipen und Bars einem breit gefächerten Publikum öffentlich präsentiert. Das SOCIUM –Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik ist dieses Mal mit zwei Beiträgen beteiligt: Wanda Schwarze-Wippern und Christof Wittmaack werden am 4. November 2021 um 20:30 Uhr einen Vortrag zum Thema „Nur fordern, wenn's fördert?" im 1st Class Suidice (Friedrich-Ebert-Str. 53-55, 28199 Bremen) halten, Sebastian Jürss referiert am 11. November um 20:30 Uhr über „Da klafft ‚ne Gerechtigkeitslücke einfach auf" im Gondi (Langemarckstr. 249, 28199 Bremen).

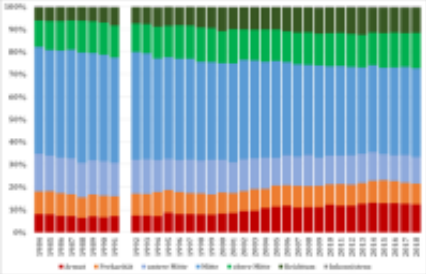
Die Nachwuchsgruppe „Der ‚aktivierende Sozialstaat' – eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte deutscher Sozialpolitik, 1979–2017" und das Forschungsprojekt „GEVOAB – Gerechtigkeitsvorstellungen von erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Beziehern" werden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen des Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) gefördert.

Kontakt:
PD Dr. Tanja Pritzlaff-Scheele
Zentrum für Entscheidungsforschung
Enrique-Schmidt-Str. 7
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-67824
E-Mail: tanja.pritzlaff@uni-bremen.de

Prof. Dr. Nikolas Dörr
Sturmbühlstraße 250
78054 Villingen-Schwenningen
Tel.: +49 (0)7720 3094430
E-Mail: nikolasdoerr@hfpol-bw.de

16.02.2021

Der Wohlstand in Deutschland hat sich deutlich polarisiert!



Forschergruppe am SOCIUM entwickelt multidimensionale Messung von Armut und Wohlstand.

Die ZEIT ONLINE hat einen interaktiven „Lagerechner“ für die deutsche Gesellschaft veröffentlicht:

Armut-Reichtum-Schichten-Rechner-Studie-Deutschland

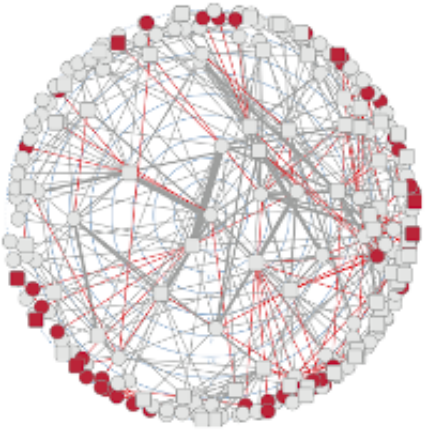
Er fußt auf Berechnungen eines Forschungsprojekts, das Olaf Groh-Samberg, Theresa Büchler und Jean-Yves Gerlitz für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales durchgeführt haben. Das Modell erfasst zum ersten Mal gleichzeitig Armut und Wohlstand und bezieht dabei mehrere Aspekte mit ein: Einkommen, Vermögen, Wohnen und die Erwerbsintegration. Und die Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) erlauben es, einen zeitlichen Verlauf seit 1984 nachzuzeichnen. Das Ergebnis: Während 1984 rund acht Prozent der Bevölkerung unter Armut litt, sind es heute gut zwölf Prozent. Gleichzeitig stieg aber auch die Zahl der Wohlhabenden von knapp sechs auf elf Prozent. Das ging zu Lasten der Mitte, die von gut 64 auf knapp 52 Prozent abnahm.

Dokumentation Multidimensionale Lagen

Kontakt:
Prof. Dr. Olaf Groh-Samberg
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 9
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-66440
E-Mail: olaf.grohsamberg@uni-bremen.de

04.01.2021

MARDY2 goes international



Zweite Förderphase für MARDY

Auf Basis der erfolgreichen Arbeit hat die DFG dem Forschungsprojekt Modeling Argumentation Dynamics in Political Discourse (MARDY) im Rahmen des DFG Schwerpunktprogramms "Robust Argumentation Machines (RATIO)" eine zweite Förderphase für die Jahre 2021-2024 bewilligt. Das Projekt wird geleitet von Sebastian Haunss in Kooperation mit Sebastian Padó und Jonas Kuhn vom Institut für Maschinelle Sprachverarbeitung der Universität Stuttgart.
Nachdem in der ersten Phase ein durch maschinelles Lernen und künstliche Intelligenz unterstütztes System zur Identifikation und Klassifikation von Akteuren und deren politischen Claims in deutschsprachigen Zeitungsartikeln entwickelt worden ist, wird es in der zweiten Phase darum gehen, dieses System für die Analyse englisch- und französischsprachiger Artikel zu erweitern. Inhaltlich wird es um die Debatten um Corona-Politiken gehen, wobei neben Zeitungsartikeln auch andere Textsorten als Datenquellen berücksichtigt werden.

Kontakt:
Prof. Dr. Sebastian Haunss
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 7
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58572
E-Mail: sebastian.haunss@uni-bremen.de

01.12.2020

26.000 fehlende Pflegekräfte durch überdurchschnittliche krankheitsbedingte Ausfälle

Autorenteam des SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen erstellt Pflegereport 2020 im Auftrag der BARMER

Heute wurde im Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz der diesjährige BARMER Pflegereport vorgestellt. Darin wurden insbesondere die Belastungssituationen und die Gesundheitszustände von Pflegekräften analysiert. Durch überdurchschnittliche Krankheitslast ging im Jahr 2017 die Arbeitszeit von 26.000 Pflegekräften verloren. Im Report wurde die aktuelle Pflegepolitik hinsichtlich der Problematik des Pflegenotstands diskutiert - insbesondere auch vor

dem Hintergrund zusätzlicher Belastungen durch die Corona-Pandemie. Die Autoren Professor Dr. Heinz Rothgang, Dr. Rolf Müller und Benedikt Preuß liefern weiterhin vertiefende Untersuchungen zu Fallzahlen, Inzidenzen, Prävalenzen und Pflegeverläufen. Wesentliche Datengrundlagen sind die Pflegestatistik des Statistischen Bundesamts und die Routinedaten der BARMER.

Vielfach erhöhte Belastungen in der Pflege

Für Pflegekräfte wurden in vielen Bereichen erhöhte Belastungen festgestellt. Rund 92 Prozent der Altenpflegefachkräfte arbeiten häufig im Stehen (im Vergleich zu 47 Prozent in sonstigen Berufen) Häufiges Heben und Tragen von schweren Lasten wird von 76 Prozent der Altenpflegefachkräfte berichtet (gegenüber 15 Prozent in sonstigen Berufen). Deutlich häufiger ist zudem das Arbeiten in Zwangshaltungen (45 Prozent zu 11 Prozent). Von den Altenpflegefachkräften geben 52 Prozent an, häufig Vorschriften bezüglich der Mindestleistung oder der Zeit für bestimmte Arbeiten zu haben (im Vergleich zu 27 Prozent in den sonstigen Berufen). Häufig unter Termin- und Leistungsdruck stehen 63 Prozent (Vergleichsgruppe: 50 Prozent). Dass sie häufig sehr schnell arbeiten zu müssen, berichten 53 Prozent im Vergleich zu 39 Prozent der sonstigen Beschäftigten und 31 Prozent der Altenpflegefachkräfte geben an, häufig bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu gehen (16 Prozent bei den sonstigen Berufen). All dies wird von den Pflegekräften auch häufiger als belastend empfunden als von den Beschäftigten in sonstigen Berufen.

Schlechterer Gesundheitszustand bei Pflegekräften

Korrespondierend zur Arbeitsbelastung stellen die Autoren des Reports für Pflegekräfte einen insgesamt schlechteren Gesundheitszustand fest. Dieser Zusammenhang zeigt sich bei allen angewandten Messverfahren. Sowohl aus Befragungsergebnissen als auch bei den Analysen der ambulanten Diagnosen, der Fehlzeiten, der Arzneimittelverordnungen und der Krankenhausaufenthalte sind Pflegekräfte bei Erkrankungen des Bewegungsapparates und bei den psychischen und Verhaltensstörungen in höherem Ausmaß betroffen. Obwohl die Belastungen von Altenpflegefachkräften und Altenpflegehilfskräften sich in vielen Bereichen sehr ähneln, ist der Gesundheitszustand der Hilfskräfte schlechter als der der Fachkräfte.

Sehr viel Pflegepersonal fällt krankheitsbedingt aus.

Für Altenpflegefachkräfte wurde ein Krankenstand von 7,2 Prozent ermittelt. Bei den entsprechenden Hilfskräften lag dieser sogar bei 8,7 Prozent. In den sonstigen Berufen wurde dagegen ein Krankenstand von 5,0 Prozent verzeichnet. Aus der Multiplikation der Differenz im Krankenstand mit der Zahl der beschäftigten Pflegekräfte resultiert die (Arbeitszeit, die überdurchschnittlich durch krankheitsbedingte Fehlzeiten am Arbeitsplatz verloren ging). Diese überdurchschnittlich verlorengegangene Arbeitszeit beläuft sich auf das Ausmaß der Arbeitszeit von gut 24.000 Pflegekräften im Jahr 2017.
Von 1.000 Altenpflegefachkräften gehen durchschnittlich 3,9 innerhalb eines Jahres in die Erwerbsminderungsrente, bei den Altenpflegehilfskräften sind es 6,0 von 1.000 und bei den

sonstigen Berufen 3,0 von 1.000. Aus der überdurchschnittlichen Frühverrentung resultieren fast 2.000 verlorene Pflegekräfte im Jahr 2017. In der Summe von überdurchschnittlichen krankheitsbedingten Fehlzeiten und überdurchschnittlichen Eintritten in die Erwerbsminderungsrente ergibt sich das Ausmaß der Erwerbszeit von 26.000 Pflegekräften, die allein im Jahr 2017 verloren ging.

Kein Weg führt an mehr Personal vorbei.

Derzeit ist die eingesetzte Pflegepersonalmenge nicht ausreichend, um eine fachgerechte Pflege und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal zu gewährleisten. Die resultierende Arbeitsverdichtung führt zu einer überdurchschnittlichen Belastung und zu negativen gesundheitlichen Auswirkungen. Die daraus entstehenden vermehrten Fehlzeiten und Berufsaustritte verstärken den Pflegenotstand. Dies führt für die verbleibenden Pflegekräfte wiederum zur Erhöhung der Arbeitsbelastung. „Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen“, fordern die Autoren der Studie, „wenn die Pflege dauerhaft qualitätsgesichert geleistet werden soll. Dafür braucht es mehr Personal.“

Download:
BARMER Pflegereport 2020
Statement von Prof. Rothgang anlässlich der Pressekonferenz
Folienvortrag von Prof. Rothgang anlässlich der Pressekonferenz

Kontakt:
Prof. Dr. Heinz Rothgang
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 3
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58557
E-Mail: rothgang@uni-bremen.de

Dr. rer. pol. Rolf Müller
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 3
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58554
E-Mail: rmint@uni-bremen.de

03.11.2020

Erste wissenschaftliche Studie zu Fridays for Future

Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung

Fridays for Future ist gelungen, was Umwelt-NGOs und Klimaprotesten in den 20 Jahren davor nicht gelungen ist. Das Thema Klimawandel ist von einem relativ abstrakten Thema, das auf internationalen Konferenzen verhandelt wird, zu einem Thema geworden, das Menschen zu zehntausenden auf die Straße bringt und das im halben Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie in der Bevölkerung als das wichtigste Thema überhaupt galt. Mit Fridays for Future haben die Klimaproteste eine zuvor nie erreichte gesellschaftliche Breite und politische Aufmerksamkeit erlangt.
Doch wer beteiligt sich eigentlich an dieser sozialen Bewegung, was motiviert die Menschen zu protestieren und welche Einstellungen haben die Beteiligten? Dazu haben Sebastian Haunss (Leiter der AG Soziale Konflikte am SOCIUM) und Moritz Sommer (Institut für Protest- und Bewegungsforschung) die erste umfassende wissenschaftliche Studie veröffentlicht. Mehrere Umfragen unter Protestierenden aus dem Jahr 2019 bilden den Ausgangspunkt der Analyse des Buchs »Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung«.
In zwölf Kapiteln geben die 28 Autor*innen des Buchs Einblicke in Entscheidungs- und Mobilisierungsstrukturen lokaler Fridays for Future-Gruppen, analysieren die Reaktionen auf die Proteste in Medien, Politik und Gesellschaft und untersuchen die Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Themen des Klimawandels. Die einzelnen Kapitel sind so

geschrieben, dass sie einem breiteren Publikum einen Zugang zu den ersten Forschungsergebnissen zu Fridays for Future bieten. Das Buch ist gedruckt im Buchhandel und online als Open Access-Version erhältlich (https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5347-2).

Kontakt:
Prof. Dr. Sebastian Haunss
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 7
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58572
E-Mail: sebastian.haunss@uni-bremen.de

11.12.2019

Zwei SOCIUM-Mitglieder in das Fachkollegium Sozialwissenschaften der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gewählt

Olaf Groh-Samberg für Soziologie und Frank Nullmeier für Politikwissenschaft erfolgreich

Alle hauptberuflich forschend tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland sind alle vier Jahre aufgefordert, die Fachkollegien der DFG neu zu wählen. Bei der diesjährigen Wahl waren nach den vorläufigen Ergebnissen zwei Mitglieder des SOCIUM erfolgreich: Für die empirische Sozialforschung wurde Olaf Groh-Samberg erstmals in das Fachkollegium gewählt. Für Frank Nullmeier ist es bereits das zweite Mal, dass er für die Politikwissenschaft zum Mitglied im Fachkollegium Sozialwissenschaften bestimmt wurde.

Die Fachkollegien der DFG sind die zentralen Gremien bei der Begutachtung der eingereichten Forschungsanträge und damit bei der Verteilung der Fördermittel. Vorschlagsberechtigt für die Wahl sind neben den Universitäten und Forschungsgemeinschaften (Max-Planck, Leibniz, Frauenhofer etc.) vor allem die jeweiligen Fachverbände. So ist Olaf Groh-Samberg nicht nur von

einem Dutzend Universitäten, sondern auch von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vorgeschlagen worden. Frank Nullmeier erhielt die Unterstützung beider politikwissenschaftlicher Fachverbände, der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft und der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Die neugewählten Fachkollegien nehmen ihre Arbeit im März 2020 auf.

weitere Informationen:
https://www.dfg.de/dfg_profil/gremien/fachkollegien/fk_wahl2019/index.jsp

Kontakt:
Prof. Dr. Frank Nullmeier
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 5
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58576
E-Mail: frank.nullmeier@difis.org

Prof. Dr. Olaf Groh-Samberg
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 9
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-66440
E-Mail: olaf.grohsamberg@uni-bremen.de

28.11.2019

Ambulantisierung der Pflege – Konsequenzen neuer Wohn- und Pflegeformen

Autorenteam des SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen erstellt Pflegereport 2019 im Auftrag der BARMER

Heute wurde im Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz der diesjährige BARMER Pflegereport vorgestellt. Darin wurden insbesondere die neuen Wohn- und Pflegeformen analysiert. Zudem wurde ein Rückblick auf 25 Jahre Pflegeversicherung vorgenommen. Die Autoren Professor Dr. Heinz Rothgang und Dr. Rolf Müller liefern weiterhin vertiefende Untersuchungen zu Fallzahlen, Inzidenzen, Prävalenzen und Pflegeverläufen. Wesentliche Datengrundlagen sind die Pflegestatistik 2017 und die Routinedaten der BARMER.

Finanzielle Anreizstruktur für die Schaffung neuer Wohn- und Pflegeformen
Die maximalen Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung für Langzeitpflege liegen bei ambulanter Versorgung rund doppelt so hoch wie bei stationärer Versorgung. Dies ist darin begründet, dass - anders als in der stationären Versorgung - in der ambulanten Versorgung zusätzlich zu den Pflegesachleistungen und Betreuungsleistungen noch Tages- und Nachtpflege, Leistungen zu wohnumfeldverbessernden Maßnahmen, Wohngruppenzuschläge, Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege mit der Pflegekasse abgerechnet werden können. Hinzu kommt noch die Erstattung der häuslichen Krankenpflege durch die Krankenkasse, die in der vollstationären Versorgung prinzipiell schon im Pflegesatz enthalten ist, aber in der ambulanten Versorgung separat abgerechnet wird. Hieraus resultieren Anreize für Leistungsanbieter, Pflege ambulant statt stationär anzubieten.

Organisatorische Anreizstrukturen für die Schaffung neuer Wohn- und Pflegeformen
Zudem ist die Versorgung in Pflege-Wohngemeinschaften in deutlich geringerem Maße als die Versorgung im Pflegeheim durch das Heimgesetz oder entsprechendes Landesrecht reguliert. Kontrollen, Meldepflichten, Personalvorgaben, Qualitätssicherung oder räumliche Anforderungen sind weitaus weniger verlangt. Versorgung in betreutem Wohnen ist fast gar nicht reguliert.

Beträchtliches Ausmaß an neuen Wohn- und Pflegeformen
Beide Anreize haben Wirkung gezeigt: Derzeit ist auf Grundlage verschiedener Studien bei steigender Tendenz von bis zu 8.000 betreuten Wohnanlagen mit etwa 150.000 Pflegebedürftigen und rund 4.000 Pflege-Wohngemeinschaften mit etwa 31.000 Pflegebedürftigen auszugehen, von denen nach Hochrechnungen der BARMER-Daten 20.400 auch den Wohngruppenzuschlag der Pflegeversicherung nutzen.

Finanzielle Konsequenzen aus den neuen Wohn- und Pflegeformen
Obwohl in den neuen Wohn- und Pflegeformen die maximalen Leistungssummen nicht gänzlich genutzt werden, liegen die tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungssummen in der Regel oberhalb der Leistungssummen, die in der stationären Versorgung genutzt werden. In der Summe resultieren daraus im Jahr 2018 in betreutem Wohnen Mehrausgaben von 215 Millionen Euro gegenüber der vollstationären Versorgung. Für die geschätzten 20.400 Bewohner von Pflege-Wohngemeinschaften, die den Wohngruppenzuschlag der Pflegeversicherung nutzen, ergeben sich im Vergleich zur Versorgung im Pflegeheim Mehrausgaben von 184 Millionen Euro im Jahr 2018.

Keine bessere Pflegequalität in den neuen Wohn- und Pflegeformen
Hinsichtlich der pflegerelevanten Outcomes in betreutem Wohnen und in den Pflege-Wohngemeinschaften wurden in bisherigen Studien kaum signifikante Effekte gefunden. In der Summe zeigen sich positive Effekte auf Bewohnerebene eher in umfassenden Konstrukten wie Lebensqualität.
Mit den BARMER-Daten sind die Pflegebedürftigen in betreutem Wohnen und in Pflege-Wohngemeinschaften mit den Pflegebedürftigen im Pflegeheim anhand von fünf Qualitätsindikatoren verglichen worden. Bei den Bewohnern in betreutem Wohnen und in den Pflege-Wohngemeinschaften sind Arztkontakte seltener und auch die Verordnungen von Antipsychotika. In betreutem Wohnen werden aber mehr Neudiagnosen von Dekubitus und mehr ambulant-sensitive Krankenhausfälle (Krankenhausfälle mit Entlassungsdiagnosen, bei denen unterstellt wird, dass sie oftmals vermieden werden könnten, wenn eine angemessene ambulante Versorgung stattgefunden hätte) festgestellt.
Eine höhere Leistungssumme ist somit nicht mit einer besseren Pflegequalität verbunden. Entsprechende Versorgungsangebote sind daher kritisch zu sehen.

Download:
BARMER Pflegereport 2019
Statement von Prof. Rothgang anlässlich der Pressekonferenz
Folienvortrag von Prof. Rothgang anlässlich der Pressekonferenz

Kontakt:
Prof. Dr. Heinz Rothgang
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 3
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58557

E-Mail: rothgang@uni-bremen.de

Dr. rer. pol. Rolf Müller
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 3
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58554
E-Mail: rmint@uni-bremen.de

28.06.2019

QUALISERVICE erhält Akkreditierung als Forschungsdatenzentrum

Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) akkreditiert das Forschungsdatenzentrum Qualiservice am SOCIUM-Forschungszentrum der Universität Bremen.

Der RatSWD ist unabhängiger Beirat der Bundesregierung und engagiert sich für eine Optimierung der Infrastrukturen für Forschungsdaten. Qualiservice eröffnet sich mit der Akkreditierung die Möglichkeit, die Interessen der qualitativen Forschung auf wissenschaftspolitischer Ebene zu stärken.

Die Akkreditierung durch den RatSWD im Juni dieses Jahres anerkennt die kompetente Aufbauarbeit des Teams rund um das Forschungsdatenzentrum (FDZ) Qualiservice. Für die Akkreditierung müssen FDZen die Kriterien des RatSWD hinsichtlich Datensicherheit und –qualität als auch der Einbindung in die Scientific Community entsprechen. Als akkreditiertes FDZ arbeitet Qualiservice zukünftig im Ständigen Ausschuss Forschungsdateninfrastruktur des RatSWD mit. Ca. 30, zumeist mit quantitativen Daten arbeitenden FDZen für Sozial- und Wirtschaftsdaten, entwickeln in spezifischen Arbeitsgruppen die bestehende Forschungsdateninfrastruktur weiter. Die Akkreditierung durch den RatSWD eröffnet Qualiservice nun die Perspektive, sich in diesem Gremium für die Belange der qualitativen Forschung zu engagieren und somit die besonderen Anforderungen, die der Zugang für die Sekundärnutzung zu sensiblen Forschungsdaten mit sich bringt, in diesem Rahmen zu etablieren.

Die DFG fördert seit einem Jahr die Vorbereitungen, Qualiservice als FDZ, das sensible Forschungsdaten aus der qualitativen Sozialforschung archiviert, zu verstetigen. Als „living archive“ übernimmt Qualiservice aber nicht passiv Forschungsdaten, sondern unterstützt Forscherinnen und Forscher in ihren Forschungsprojekten dabei ihre Forschung zu dokumentieren. Ziel ist, die Forschungsmaterialien, die in den Projekten entstehen, für andere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen für sekundäre Forschung bereitzustellen. Besonders interessant ist, dass es damit zukünftig möglich wird, über lange Zeitspannen hinweg - unabhängig von der Primärstudie - Themenstellungen aus der Sozialforschung zu untersuchen und zu vergleichen.

Qualitative Forschungsmaterialien, die Qualiservice bereitstellt, dokumentieren zum Beispiel Interviews oder Beobachtungen. Sie können in Schriftform als Protokoll oder Transkript vorliegen, aber auch als Audio-, Bild- oder Videodatei. Diese Dokumentationen enthalten in der Regel personenbezogene Daten, da die Interviewten oder Beobachtungspersonen die Forscherinnen und Forscher an ihrer Lebenswelt teilhaben lassen.

Um die persönlichen Daten der Forschungsbeteiligten zu schützen, hat Qualiservice sichere Arbeitsabläufe und einen Safe Center eingerichtet. Im Safe Center führt Qualiservice Maßnahmen zum Schutz der Daten durch und schließt die Vorbereitungen für die Sekundärnutzung ab. Ein Arbeitsplatz für Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ermöglicht die Forschung direkt vor Ort. Stärker anonymisierte Datensätze dürfen die Sekundärnutzerinnen und -nutzer auch extern beforschen. Der Zugang zu den Daten wird prinzipiell vertraglich geregelt und kann nur für wissenschaftliche Zwecke erlangt werden. Die Organisation eines qualitätsorientierten FDZ setzt die nationale und internationale Vernetzung voraus. Resultat der intensiven Kooperationen war zuletzt die Einrichtung eines eigenen DFG-geförderten Bereichs für die ethnologischen Fächer und die Beteiligung an einem BMBF-geförderten Projektverbund zur Qualitätssicherung und Referenzierbarkeit bereitgestellter Forschungsmaterialien am Beispiel von Bildungsdaten.

Qualiservice ist am SOCIUM - Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen angesiedelt und wird von Prof. Dr. Betina Hollstein geleitet. Die Archivierung und Bereitstellung der Forschungsmaterialien wird gemeinsam mit dem zertifizierten Weltdatenzentrum PANGAEA und der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (SuUB) organisiert. Für Mixed-Methods-Studien wird mit der GESIS - Leibniz Institut für Sozialwissenschaften ein gemeinsamer Arbeitsprozess eingerichtet. Seit 2019 arbeitet Qualiservice als Teil des Fachinformationsdienstes Sozial- und Kulturanthropologie (FID SKA) außerdem eng mit der Universitätsbibliothek der Humboldt Universität zu Berlin zusammen.

Kontakt:
Prof. Dr. Betina Hollstein
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 9
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58512

Universität Bremen

socium
Forschungszentrum
Ungleichheit und Sozialpolitik

E-Mail: betina.hollstein@uni-bremen.de

22.05.2019

QUALISERVICE Teil eines bundesweiten Projektverbunds im Forschungsdatenmanagement - BMBF-Projekt bewilligt

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert die Entwicklung flexibler und abgestimmter Tools für das Management von Forschungsdaten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert die Entwicklung flexibler und abgestimmter Tools für das Management von Forschungsdaten.

Zusammen mit zehn Partnern beteiligte sich QUALISERVICE am Antrag für ein großes Verbundprojekt, welches jetzt vom BMBF bewilligt wurde. Das auf drei Jahre angelegte Projekt wird vom GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften koordiniert und verbindet Akteure aus dem Feld der empirischen Bildungsforschung.

Projektziel ist die Entwicklung und Implementierung von Domain Data Protokollen (DDPs). DDPs sind öffentliche und referenzierbare Protokolle, die für verschiedene Datentypen (Interviews, standardisierte Befragungen etc.) relevante Aspekte des Forschungsdatenmanagements beschreiben. Dazu gehören zum Beispiel Fragen der Datenqualität, -aufbereitung, -dokumentation und Arbeitsorganisation oder hinsichtlich rechtlicher und forschungsethischer Aspekte. Forschende können solche Protokolle als Handreichung bei der Planung und Beantragung von Forschungsprojekten nutzen. Forschungsförderer unterstützen sie bei deren Begutachtung. Qualiservice bringt seine Expertise bezogen auf qualitative Daten in den Projektverbund ein. Forscherinnen und Forscher ebenso wie Forschungsförderer werden ebenfalls in die Entwicklung der DDPs einbezogen.

QUALISERVICE ist am SOCIUM - Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen angesiedelt und wird von Prof. Dr. Betina Hollstein geleitet. Die Archivierung wird zusammen mit dem zertifizierten Weltdatenzentrum PANGAEA und der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (SuUB) organisiert. Für Mixed-Methods-Studien wird zusammen

mit der GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften eine koordinierte Archivierung und ein wechselseitiges Verweissystem aufgebaut. Seit 2019 arbeitet Qualiservice als Teil des Fachinformationsdienstes Sozial- und Kulturanthropologie (FID SKA) außerdem eng mit der Universitätsbibliothek der Humboldt Universität zu Berlin zusammen.

Kontakt:
Prof. Dr. Betina Hollstein
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 9
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58512
E-Mail: betina.hollstein@uni-bremen.de

05.02.2019

Ausbau des Datenservicezentrums QUALISERVICE

Qualiservice
data sharing

DFG fördert den Aufbau eines Bereichs für ethnographische Forschungsdaten.

QUALISERVICE erhält weitere Förderung von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, um nun auch ethnographische Forschungsdaten wie Bild- und Tonmaterial, Feldnotizen und Beobachtungsprotokolle zu kuratieren. Dafür beteiligte sich QUALISERVICE am Folgeantrag des Fachinformationsdienstes Sozial- und Kulturanthropologie (FID SKA) an der Humboldt-Universität Berlin, der jetzt von der DFG bewilligt wurde. QUALISERVICE wird als Fachrepositorium für qualitative ethnologische Forschungsdaten etabliert, um deutschlandweit eine adäquate Lösung für die komplexe Archivierungssituation der zum Teil hochsensiblen Forschungsdaten anbieten zu können. Dazu wird bei QUALISERVICE ein Bereich für ethnographische Forschungsdaten aufgebaut und ein Informations- und Beratungsangebot eingerichtet. Sozialforscherinnen und Sozialforscher sowie Ethnologinnen und Ethnologen erhalten damit eine verlässliche Anlaufstelle, in der sie ihre qualitativen Forschungsdaten archivieren und für die geschützte Weiternutzung in Forschung und ausgewählte Materialien auch für die Lehre anfordern können. Die Humboldt-Universität wird die Diskussion mit den ethnologischen Fächern auf wissenschaftspolitischer Ebene und hinsichtlich methodischer

Implikationen weiterführen.

Seit letztem Jahr fördert die DFG das Infrastrukturprojekt QUALISERVICE zur Implementation eines Datenservicezentrums (DSZ) für qualitative sozialwissenschaftliche Forschungsdaten. Ziel ist die Verstetigung als nationales Regelarchiv. Bislang lag der Arbeitsschwerpunkt von QUALISERVICE auf qualitativen Interviewstudien. Mit der Beteiligung am Fachinformationsdienst Sozial- und Kulturanthropologie (FID SKA) werden die Dienstleistungen von QUALISERVICE auf qualitative Forschungsdaten in ihrer ganzen Breite ausgeweitet.

QUALISERVICE ist am SOCIUM angesiedelt und wird von Prof. Dr. Betina Hollstein geleitet. Der vom MARUM und dem Alfred-Wegener-Institut gemeinschaftlich betriebene PANGAEA - Data Publisher for Earth & Environmental Science liefert die informationstechnische Unterstützung. Weitere Projektpartner sind die Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (SuUB) und das GESIS Leibniz Institut für Sozialwissenschaften, Köln (für Mixed-Methods-Daten).

Weitere Informationen:
Website QUALISERVICE

Fachinformationsdienst Sozial- und Kulturanthropologie - Projekt im Rahmen des Förderformats "Fachinformationsdienste für die Wissenschaft" der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Fachinformation und Service für die ethnologischen Fächer, Pressemitteilung der HU Berlin vom 22.01.2019

Kontakt:
Prof. Dr. Betina Hollstein
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 9
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58512
E-Mail: betina.hollstein@uni-bremen.de

25.04.2018

QUALISERVICE - Datenservicezentrum für qualitative Forschungsdaten

Universität Bremen

socium
Forschungszentrum
Ungleichheit und Sozialpolitik

Qualiservice
data sharing

DFG fördert Infrastrukturprojekt mit 1 Million Euro.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft bewilligt die Implementation von QUALISERVICE als Datenservicezentrum (DSZ) für qualitative sozialwissenschaftliche Forschungsdaten. Damit ist der Weg geebnet, dass Sozialforscherinnen und Sozialforscher in Deutschland erstmals eine verlässliche Anlaufstelle erhalten, um Interviewdaten archivieren und für die Sekundärnutzung in Forschung und Lehre anfordern zu können.

QUALISERVICE ist am SOCIUM angesiedelt und wird von Prof. Dr. Betina Hollstein geleitet. Als informationstechnischer Projektpartner konnte der vom MARUM und dem Alfred-Wegener-Institut gemeinschaftlich betriebene PANGAEA - Data Publisher for Earth & Environmental Science gewonnen werden. Weitere Projektpartner sind die Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (SuUB) und das GESIS Leibniz Institut für Sozialwissenschaften, Köln für die wechselseitige Darstellung von Mixed-Methods-Daten.

Die Wurzeln des Projekts reichen bis zum ersten sozialwissenschaftlichen Bremer Sonderforschungsbereich 186 "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf" (1989-2001). Die im Rahmen des SFB durchgeführten, mehreren hundert Interviews wurden zunächst im "Archiv für Lebenslaufforschung" archiviert, um sie für zukünftige Nutzungen zu sichern. 2011 wurde das "Archiv für Lebenslaufforschung" zu QUALISERVICE, das zwischen 2011 und 2014 in einer ersten Projektphase von der DFG gefördert wurde. Ziel des nun bewilligten, auf drei Jahre angelegten, interdisziplinären Verbundprojekts ist die Verstetigung als nationale Regeleinrichtung.

Die Maßnahmen im Rahmen des Infrastrukturprojekts umfassen neben der Einrichtung eines Safe Centers zur vertraulichen Datenaufbereitung und der Implementation der Langzeitarchivierung die Weiterentwicklung des Anonymisierungstools, die Einrichtung des Servicezentrums mit Suchportal, Datenabgabedienst und Helpdesk, den Aufbau der Geschäftsstelle sowie Maßnahmen zur Qualitätssicherung und den Austausch mit der Scientific Community.

Weitere Informationen über QUALISERVICE

Kontakt:
Prof. Dr. Betina Hollstein

SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 9
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58512
E-Mail: betina.hollstein@uni-bremen.de

Susanne Kretzer

24.10.2017

DFG-Projekt MARDY bewilligt

MARDY: Modeling ARgumentation DYnamics in Political Discourse.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat Sebastian Haunss im Rahmen des Schwerpunktprogramm "Robust Argumentation Machines (RATIO)" (SPP 1999) ein Forschungsprojekt bewilligt. Unter dem Titel »Modeling ARgumentation DYnamics in Political Discourse« (MARDY) geht es darum Methoden und Tools zur Analyse und datengetriebenen Modellierung von Diskursdynamiken zu entwickeln.

In dem für einen Zeitraum von drei Jahren bewilligten Projekt kooperiert Sebastian Haunss mit den beiden Informatikern und Computer-Linguisten Jonas Kuhn und Sebastian Padó vom Institut für Maschinelle Sprachverarbeitung der Universität Stuttgart.

Weitere Informationen zum Projekt:
Modeling ARgumentation DYnamics in Political Discourse (MARDY)

Kontakt:
Prof. Dr. Sebastian Haunss
SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik
Mary-Somerville-Straße 7
28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-58572
E-Mail: sebastian.haunss@uni-bremen.de